

12.418

**Parlamentarische Initiative
Aeschi Thomas.
Parlamentsressourcengesetz.
Anpassung des Teuerungsausgleichs
am Ende der Legislaturperiode
Initiative parlementaire
Aeschi Thomas.
Loi sur les moyens alloués
aux parlementaires.
Compenser le renchérissement à la fin
et non au début de la législature**

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 19.03.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Aeschi Thomas (V, ZG): Nach den Wahlen wurden unsere Entschädigungen mit dem Teuerungsausgleich angepasst. Aus meiner Sicht ist es nicht unbedingt glücklich, wenn wir unsere eigenen Löhne anpassen. Es ist ein grundsätzliches Problem, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier unsere eigenen Löhne festsetzen. Noch schlechter finde ich jedoch, dass wir das direkt nach den Wahlen für uns selbst tun. Ich denke, es wäre fairer, wenn das Parlament am Ende der Legislatur den Teuerungsausgleich für das neugewählte Parlament festsetzen würde. Aus diesem Grund habe ich diese parlamentarische Initiative eingereicht und gefordert, dass der Teuerungsausgleich jeweils am Ende der Legislaturperiode stattfindet. Ich bin davon ausgegangen, dass man das in Artikel 14 Absatz 2 des Parlamentsressourcengesetzes festlegen könnte, indem man «Beginn jeder Legislaturperiode» durch «Ende jeder Legislaturperiode» ersetzt.

Herr Martin Graf, der schon seit mehr als zwanzig Jahren Sekretär der Staatspolitischen Kommission ist, ist der Meinung, dass kein Bedarf bestehe, diese Bestimmung anzupassen. Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes lautet wie folgt: «Zu Beginn jeder Legislaturperiode des Nationalrates wird mit einer Verordnung der Bundesversammlung auf den Einkommen, Entschädigungen und Beiträgen gemäss diesem Gesetz ein angemessener Teuerungsausgleich ausgerichtet.» Dies bedeutet gemäss Herrn Graf, dass der Teuerungsausgleich zu Beginn der Legislaturperiode ausbezahlt wird. Voraussetzung ist, dass die Bundesversammlung die entsprechende Änderung der Verordnung vor diesem Zeitpunkt, also spätestens in der letzten Session einer Legislaturperiode, beschliesst.

Herr Graf sagt weiter, dass genau dies die Absicht des Gesetzgebers gewesen sei. Er weist auf einen Antrag Tschuppert hin, den der Nationalrat am 19. März 2002 angenommen hat. Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut: «Diese Verordnung legt die Höhe der Einkommen, Entschädigungen und Beiträge fest. Zu Beginn jeder Legislaturperiode des Nationalrates wird die Höhe dieser Beiträge angemessen an die Teuerung angepasst.» (AB 2002 N 329) Herr Graf meint, das Motiv des Antragstellers decke sich mit meinem Anliegen. Der Ständerat präzisierte die unklare Formulierung des Nationalrates am 3. Juni 2002 und beschloss den heute geltenden Text, dem sich der Nationalrat am 12. Juni 2002 anschloss.

Ständerat Wicki, der Berichterstatter der SPK-SR, führte damals Folgendes aus: «Der Beschluss, der in einer Verordnung der Bundesversammlung festgehalten wird, hat jeweils Gültigkeit ab Anfang der Legislaturperiode.» (AB 2002 S 280)

Wie sieht die Praxis aus? Leider wurde dieses Gesetz in den letzten zehn Jahren dreimal verletzt und noch nie eingehal-

ten. Ich finde es wirklich etwas beschämend für das Parlament, dass wir unser Gesetz hier drin kein einziges Mal auch so angewendet haben. In allen drei Fällen wurden der Wortlaut des Gesetzes und die erklärte Absicht des Gesetzgebers, das abtretende Parlament solle über den Teuerungsausgleich für das neue Parlament entscheiden, nicht respektiert.

Welche Optionen haben nun Sie im Parlament? Wenn Sie der Auffassung sind, die heutige Formulierung sei nicht klar genug, dann sollten Sie diese anpassen. Wenn Sie der Auffassung sind, dass sie klar genug sei, dann sollten Sie der parlamentarischen Initiative keine Folge geben und dafür schauen, dass das Gesetz das nächste Mal auch respektiert wird.

Moret Isabelle (RL, VD), pour la commission: L'auteur demande que soit modifiée la loi sur le Parlement afin que l'adaptation des indemnités des parlementaires ait lieu à la fin de la législature pour la prochaine législature et non pas au début de la législature par les nouveaux élus. Eh bien, Monsieur Aeschi a parfaitement raison. Il a même tellement parfaitement raison que la loi actuelle dit exactement la même chose et que c'est bien dans ce sens-là qu'elle avait été adoptée à l'époque en 2002. La volonté de ce Parlement était que ce soit l'ancien Parlement qui se prononce sur une éventuelle augmentation des indemnités et pas le nouveau Parlement; c'est l'argument à l'origine de cette disposition.

Hélas, depuis 2002, par trois fois cette loi n'a pas été appliquée correctement et ceci est inadmissible, la commission l'a confirmé. Alors que faut-il faire? Si l'on donne suite à cette initiative parlementaire, on va simplement récrire un nouveau texte pour dire exactement la même chose que ce qui figure dans la loi. Or ce que l'on veut, c'est que la loi soit correctement appliquée. C'est ce que veut votre commission, c'est pourquoi elle a écrit une lettre à la Délégation administrative pour lui dire qu'il est inadmissible que par trois fois la loi n'ait pas été appliquée correctement et pour demander que les éventuelles modifications de l'ordonnance sur nos indemnités soient décidées par l'ancien Parlement avant la fin de la législature, afin qu'elles s'appliquent à la nouvelle législature.

Nous avons même chargé le secrétariat des Commissions des institutions politiques de suivre la situation et de vérifier qu'une année à six mois avant la fin de la législature, il y ait véritablement une réflexion qui soit faite sur la modification de cette ordonnance, pour s'assurer que cette fois, la loi ne soit pas violée.

C'est pourquoi la commission propose, par 12 voix contre 8 et 2 abstentions, de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire, simplement parce que la loi prévoit déjà ce que veut Monsieur Aeschi. Ce qui compte, c'est de faire appliquer correctement cette loi. Au sein de la commission, nous partageons la volonté de Monsieur Aeschi et nous allons faire en sorte que cette loi soit correctement appliquée.

Tschümperlin Andy (S, SZ), für die Kommission: Die parlamentarische Initiative Aeschi Thomas verlangt, dass die Verordnung über den Teuerungsausgleich für die Ratsmitglieder nicht am Anfang, sondern am Ende einer Legislaturperiode beschlossen werden soll. Zu Beginn jeder Legislaturperiode des Nationalrates wird mit einer Verordnung der Bundesversammlung auf den Einkommen, Entschädigungen und Beiträgen ein angemessener Teuerungsausgleich ausgerichtet. Das bedeutet, dass der Teuerungsausgleich ab dem Legislaturbeginn ausbezahlt wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesversammlung die entsprechende Änderung vor diesem Zeitpunkt beschliesst, konkret: spätestens in der letzten Session einer Legislaturperiode. Das ist in Artikel 14 Absatz 2 des Parlamentsressourcengesetzes so geregelt.

Die Bestimmung geht auf einen Antrag von Nationalrat Tschuppert zurück, der vor elf Jahren angenommen wurde. Das haben Sie richtig festgestellt, Herr Aeschi. Die Absicht des Antragstellers war absolut identisch mit der Absicht der parlamentarischen Initiative, die Sie jetzt eingereicht haben. Artikel 14 Absatz 2 des Parlamentsressourcengesetzes ist

am 1. Dezember 2002 in Kraft getreten und bis heute – das haben Sie auch richtig festgestellt – dreimal zur Anwendung gekommen. In allen drei Fällen wurde die Absicht des Gesetzgebers nicht respektiert: Die Verordnungsänderungen wurden immer in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode vom neuen Parlament beschlossen und auch später in Kraft gesetzt.

Man kann aber auch umgekehrt formulieren, dass durch diese Praxisänderung des Parlamentes auch sehr viel Geld gespart wurde, weil der Teuerungsausgleich nicht schon zu Beginn der Legislatur ausbezahlt wurde, sondern erst später. Das ist also ganz in Ihrem Sinne, Herr Aeschi, da Sie wahrscheinlich ein bisschen sparen möchten.

Weil die gesetzliche Grundlage für das Anliegen von Herrn Nationalrat Aeschi bereits seit elf Jahren vorhanden ist, besteht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Die Staatspolitische Kommission beantragt darum mit 12 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Initiative keine Folge zu geben. Die Initiative wird aber von der Kommission insofern unterstützt, als ein Brief an die Verwaltungsdelegation geschrieben wurde, in dem auf den Wortlaut des Gesetzes aufmerksam gemacht wurde. Die Verwaltungsdelegation wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass die nächste Verordnungsänderung frühzeitig in die Wege geleitet werden muss und dementsprechend weniger Geld gespart werden kann.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Die Kommission beantragt, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Der Initiant beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominativ; Beilage – Annexe 12.418/8684)

Für Folgegeben ... 67 Stimmen

Dagegen ... 110 Stimmen

12.420

**Parlamentarische Initiative
van Singer Christian.
Haftpflichtversicherung
für Kernkraftwerke.
Anpassung des Betrages
Initiative parlementaire
van Singer Christian.
Adapter le montant
de l'assurance-responsabilité civile
pour les centrales nucléaires**

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 19.03.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Bäumle, Badran, Girod, Jans, Nordmann, Nussbaumer, Semadeni, Thorens Goumaz, Wyss Ursula)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Bäumle, Badran, Girod, Jans, Nordmann, Nussbaumer, Semadeni, Thorens Goumaz, Wyss Ursula)

Donner suite à l'initiative

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

van Singer Christian (G, VD): Il s'agit ici d'adapter le montant de l'assurance-responsabilité civile pour les centrales nucléaires.

Les montants prévus actuellement, et même ceux prévus une fois les traités internationaux ratifiés, sont risibles en comparaison des dégâts que peut provoquer un accident nucléaire majeur.

Une étude, effectuée par l'Office fédéral de la protection civile en 1995, estimait les dégâts possibles à 4300 milliards de francs pour la Suisse. Ces chiffres n'ont pas été retenus; ils ont été considérés comme excessifs. Plus récemment, l'Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire français a estimé les dommages possibles, dans une étude de 2007, à 5800 milliards d'euros au maximum et 760 milliards d'euros au minimum. En 2013, ce même institut a revu à la baisse ces chiffres; il a dit que l'estimation des dégâts potentiels se situait entre 250 milliards d'euros et 1000 milliards d'euros. C'est l'étude la plus récente réalisée sur les dommages potentiels d'un accident nucléaire majeur. Vous rendez-vous compte? Entre 250 milliards d'euros et 1000 milliards d'euros!

Les accidents majeurs qui ont déjà eu lieu ces dernières années, c'est-à-dire Tchernobyl et Fukushima, montrent que cette fourchette est tout à fait réaliste. A Fukushima, le montant des dégâts dépasse déjà, d'après les études faites sur le terrain suite à l'accident, les 100 milliards d'euros. Et encore, à Fukushima, ils ont eu de la chance parce que les vents ont soufflé après l'accident en direction de l'océan. La radioactivité a épargné une zone densément peuplée comme Tokyo où plus de 30 millions d'habitants auraient dû être évacués si les vents avaient soufflé vers le sud. On voit que les dégâts, les dommages potentiels suite à un accident nucléaire majeur sont gigantesques. Ils dépassent et de loin la somme qu'on demande aux responsables, aux propriétaires des centrales nucléaires, d'assurer. Donc il faut adapter le montant de la somme assurée.

Le Conseil fédéral réplique plusieurs choses. Il dit qu'il est au courant, qu'il sait que les dégâts potentiels sont considérables, mais il affirme qu'il n'y a pas d'assureur privé qui pourrait assurer de telles sommes. C'est vrai. Mais on pourrait imaginer que, comme dans d'autres domaines, ce soit la Confédération qui assure la différence, soit la part que les assureurs privés ne peuvent pas assurer. Les sommes ainsi collectées seraient investies dans des installations produisant de l'énergie à partir de sources renouvelables ou pour réaliser des économies d'énergie, c'est-à-dire pour pouvoir se passer le plus rapidement possible de ces centrales nucléaires qui nous font courir de si grands dangers.

Mon initiative est sensée; elle tient compte de la réalité. C'est au contraire ne pas tenir compte de la réalité que de continuer à assurer pour 1,5 milliard de francs – ou même 2,25 milliards de francs si les traités internationaux sont ratifiés – les dégâts que peuvent causer les centrales nucléaires. C'est beaucoup trop faible. C'est comme si un chauffeur de taxi dit qu'il est d'accord d'assurer en responsabilité civile sa voiture pour des dégâts possibles jusqu'à concurrence de 1000 francs et que tout le reste est à la charge de la collectivité publique.

Ne faussons pas la concurrence entre les différents agents énergétiques. Faisons payer au nucléaire ce qu'il faut comme charges d'assurance. C'est une question de vérité des coûts. C'est normal, pour ne pas mettre à la charge de la collectivité publique ce que les exploitants de centrales nucléaires doivent payer.

Bäumle Martin (GL, ZH): Eigentlich wissen es alle: Die Haftpflichtdeckung bei Kernkraftwerken ist massiv zu tief und wird aus politischen Gründen weltweit und auch in der Schweiz tief gehalten, weil bei einer vollen Haftpflichtdeckung der Strom aus Kernkraftwerken um mindestens 25 Rappen pro Kilowattstunde höher wäre und diese Werke damit im Markt nicht mehr konkurrenzfähig wären. Anders gesagt, geniesst die Kernenergie seit vierzig Jahren eine indirekte kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) von mindestens 25 Rappen pro Kilowattstunde, weil die Bevölkerung